

Aktionsbündnis Trassengegner

Pressemitteilung vom 27. April 2026

Erörterungstermin zur Juraleitung



Sonderfall Katzwangtunnel -

Aktionsbündnis Trassengegner kritisiert gravierende Planungsmängel

Anlässlich des [Erörterungstermins](#) zur geplanten 380-kV-Leitung Raitersaich – Ludersheim – Sittling – Altheim („Juraleitung“) am Dienstag, 28. April 2026, sowie der Fortsetzung am Mittwoch, 29. April 2026, jeweils ab 10:00 Uhr im Gemeinschaftshaus Langwasser, bekräftigt das Aktionsbündnis Trassengegner seine unveränderte Ablehnung gegen das Vorhaben.

Im Fokus steht der Teilabschnitt Raitersaich-West – Ludersheim-West (Abschnitt A-Katzwang) im Gebiet der Städte Nürnberg und Schwabach.

Bedarf und Planung werden grundlegend infrage gestellt

Das Bündnis der Bürgerinitiativen gegen die Juraleitung zweifelt den Bedarf für die neue Stromtrasse grundsätzlich an. Die zugrunde liegenden Planungen sind veraltet und werden aktuellen energiepolitischen Entwicklungen nicht gerecht. „Wir haben es hier mit einem Projekt zu tun, das weder energiewendekonform noch wirtschaftlich tragfähig ist“, erklärt Sprecherin Dörte Hamann vom Aktionsbündnis Trassengegner. „Der Neubau der Juraleitung ist unnötig, überdimensioniert und nicht mit den Klimaschutzziele vereinbar - die Energiewende kann nur dezentral funktionieren. Angesichts der klammen finanziellen Lage und der stark veränderten politischen Situation fordern wir ein Moratorium für den weiteren Übertragungsnetzausbau, der lediglich der Erweiterung des Stromhandels dient, nicht aber die Versorgungssicherheit erhöht“.

Katzwang-Tunnel: Symbol einer kostenintensiven Hochrisikostrategie

Besonders kritisch bewerten die Trassengegner den geplanten Kabeltunnel im Bereich Katzwang. Dieser stellt keinen gewöhnlichen Bauabschnitt dar, sondern ist ein höchst komplexes und risikobehaftetes Sonderbauwerk.

„Hier wird keine risikoarme Lösung verfolgt, sondern eine Hochrisikostrategie umgesetzt“, kritisiert Hamann. Die Kombination aus begehbarem Doppeltunnel, sensiblen Querungen und erhöhten Anforderungen an den Betrieb machen den Abschnitt zu einem sicherheits- und kostenpolitisch hochproblematischen Kernstück der Planung. Die Regierung von Mittelfranken behandelt im Erörterungstermin nicht zufällig die Punkte „Planungsalternativen/-varianten“ und „Tunnelsicherheit/Havariegefahr“ gesondert. Vor dem Hintergrund der aktuellen sicherheitspolitischen Lage sieht das Bündnis darin eine gravierende Gefahrenquelle.

Nach Auffassung des Aktionsbündnisses widerspricht der Tunnel den Vorgaben des Energiewirtschaftsgesetzes (§ 43 EnWG). Der beantragte Katzwangtunnel ist nicht nur eine technische Detailfrage des Vorhabens, sondern der zentrale Punkt, an dem das planfeststellungsrechtliche „Wie“ der Juraleitung wirtschaftlich und abwägungsrechtlich scheitern kann. Laut Energiewirtschaftsgesetz sind bei der Planfeststellung insbesondere eine möglichst wirtschaftliche Errichtung und ein möglichst wirtschaftlicher Betrieb des Vorhabens besonders zu berücksichtigen.

Die vorliegenden Planunterlagen belegen dagegen klar, dass es sich um einen „aufwendigen und kostenintensiven Erdkabelabschnitt“ handelt. Auf wenigen Kilometern würden unverhältnismäßig hohe Kosten – Schätzungen zufolge im dreistelligen Millionenbereich, was immer das genau heißt – konzentriert, während gleichzeitig erhebliche technische Risiken bestehen.

Schwere Eingriffe in Natur und Umwelt

Neben wirtschaftlichen Aspekten sieht das Aktionsbündnis Trassengegner massive und inakzeptable Eingriffe in Natur und Landschaft. Die entlang der Juraleitung geplanten Waldrodungen – vor allem auch im Raum Altdorf-Ludersheim – sowie die Risiken für Gewässer und Feuchtgebiete sind nicht hinnehmbar. Betroffen sind unter anderem Bannwälder, Landschafts- und Vogelschutzgebiete sowie natürliche Wasserläufe. Die geplante Trasse führt zu einer Zerschneidung sensibler Lebensräume und gefährdet Flora und Fauna nachhaltig. Auch mögliche lokale Erwärmungseffekte im Bereich des Katzwangtunnels werden die Bürgerinitiativen als unzureichend untersucht.

Erwartungen an die Stadt Nürnberg

Mit Blick auf die kommunale Ebene richten wir klare Erwartungen an die Stadt Nürnberg und insbesondere an Oberbürgermeister Marcus König. Dieser hatte mehrfach betont, dass die Stadt keine Einschränkungen für die weitere Stadtentwicklung akzeptieren und die Interessen der Bürgerinnen und Bürger mit Nachdruck vertreten werde.

Das Aktionsbündnis fordert, diesen Ankündigungen nun konkrete Taten folgen zu lassen, notfalls auch mit juristischen Mitteln. „Jetzt wird sich zeigen, ob die Stadtspitze zu ihrem Wort steht“, so Dörte Hamann. „Dabei fordern wir die Verantwortlichen dazu auf, nicht nach dem Sankt-Florians-Prinzip zu handeln und die Juraleitung einfach mal anderen vor die Haustür zu schieben, wie es etwa mit der von OB König präferierten Südumgehung außerhalb des Nürnberger Stadtgebietes der Fall wäre. Wir erwarten, dass sich auch die Kommunalpolitik mit der Tatsache befasst, dass die Juraleitung ganz entscheidend zu untragbaren und unsozialen Strompreisen beiträgt - und dass daraus die notwendigen und überfälligen Konsequenzen gezogen werden. Die zeitgemäße Antwort sind jetzt Investitionen in eine dezentrale Energiewende mit einer verstärkten Wertschöpfung vor Ort“

Forderung nach grundlegender Neubewertung

Das Aktionsbündnis Trassengegner fordert die Regierung von Mittelfranken auf, die Juraleitung und den Katzwangtunnel nicht zu genehmigen. Diese Planung ist weder wirtschaftlich vertretbar noch verantwortbar gegenüber Mensch, Natur und zukünftigen Generationen. Der Widerstand wird fortgeführt.

Für Rückfragen:

Dörte Hamann

Sprecherin Aktionsbündnis Trassengegner

Tel. 01573 2618073

Mail: pressestelle@stromautobahn.de